

Mangelnde Konsequenz in unserer Kriegsernährungspolitik.

Von F. Hoff, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes Herr von Batock weist in seinem, in der „Frankfurter Zeitung“ bereits erwähnten, sehr beachtenswerten Artikel über die Fleischherzeugung auf die Gefahren hin, die mit einer übermäßigen Viehhaltung für die Ernährung des Volkes mit Brotgetreide, Kartoffeln und Hülsenfrüchten, kurz für die pflanzliche Ernährung des Volkes, verbunden sind und rücht in dieser Beziehung ernste Mahnungen an unsere Landwirte. Man wird seinen Ausführungen in vollem Umfange beitreten können. Sie zeigen, daß im Kriegsernährungsamt die klare Erkenntnis vorhanden ist, die ich erst kürzlich an dieser Stelle in meinem Artikel: „Wieschützen wir Brotgetreide und Kartoffeln vor der Verfüttung?“ vertreten habe, daß es zunächst und vor allen Dingen darauf ankommt, die pflanzliche Grundlage der Volksernährung zu sichern und daß die Tierhaltung nur in dem Maße und dem Umfange gestattet sein kann, als ausreichende Futtermittel vorhanden sind und die Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln nicht gefährdet wird.

Wie in den vergangenen Kriegsjahren so liegt auch im laufenden Erntejahre die Gefahr für unser Durchhalten nicht in der größeren oder kleineren „Lieferung von Fleisch und anderen tierischen Erzeugnissen“, sondern darin, daß ein übermäßig großer Teil unseres Ernteertrages, der nicht ersetzt werden kann, in den Tiermagen wandert und so mit etwa drei Viertel seines Nährwertes der Volksernährung verloren geht. Mit dieser, übrigens nicht neuen Stellungnahme des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes zu der Grundfrage unserer Volksernährung dürften die von agrarischer Seite, insbesondere von dem Abgeordneten Dr. Hoersch, vertretenen Bestrebungen, durch Verrückung der Höchstpreise für tierische Erzeugnisse oder durch weitere Erhöhung der Schweinepreise die Fleisch- und Fetterzeugung noch zu steigern, endgültig erledigt sein. — Nach Lage der Dinge kann eine solche Förderung nur zulasten der Brot- und Kartoffelversorgung geschehen, da aus dem Nichts auch in der Tierzucht nichts geschaffen werden kann, und darin liegt das Bedenkliche, ja Gefährliche derartiger Bestrebungen.

Wer sind mit der gekennzeichneten Stellungnahme des Kriegsernährungsamtes alle Bedenken auf diesem Gebiete beseitigt? Dürfen wir annehmen, daß bis jetzt die Vorräte der diesjährigen Ernte wirklich so verwendet sind, daß sie für die menschliche Ernährung den denkbar höchsten Nutzen abwerfen? Dürfen wir hoffen, durch eine eindringliche Ermahnung an unsere Landwirte die in einer Verfüttung der für die menschliche Ernährung unbedingt erforderlichen pflanzlichen Produkte liegende Gefahr zu bannen? — Diese Fragen erscheinen umso berechtigter, als wir mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes der Ansicht sind, daß wir jede Kralle und jedes Brotkorn sorglich hüten und vor einer vorschriftswidrigen Verwendung bewahren müssen, wenn nicht die Volksernährung selber aufs äußerste gefährdet und in ihrer nicht wieder zu ersetzenden Grundlage erschüttert werden soll.

Leider können diese Fragen nicht mit einem glatten Ja beantwortet werden. — Die Erfahrungen der Kriegszeit haben gezeigt, daß mit allgemeinen Ratsschlägen und Ermahnungen, und mögen sie noch so wohlgemeint, begründet und eindringlich sein, nicht allzuviel zu erreichen ist. Ueberall in der Kriegswirtschaft insbesondere auch in der landwirtschaftlichen Produktion, wird sonst mit vollem Recht der Grundsatz zur Geltung gebracht, daß die privatwirtschaftlichen Interessen nicht ausgeschaltet werden dürfen und daß man nicht von ganzen Berufsständen — in diesem Falle von der Landwirtschaft — verlangen und erwarten kann, daß sie dauernd gegen ihr eigenes Interesse handeln sollen. Die privatwirtschaftlichen Interessen unserer Landwirte und Tierhalter aber sprechen gegen die von Herrn von Batock gewünschte und für notwendig erklärte Verwendung unserer Erntevorräte. Sie weisen den Landwirt auf einen geschwunden Gebrauch, d. h. auf die Verfüttung hin, da bei den bestehenden Viehpreisen auf diesem Wege ein mindestens doppelt so hoher Gewinn zu erzielen ist wie bei dem direkten Verkauf der in Frage kommenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse: Getreide, (nicht allein Brotgetreide, sondern auch Gerste, Hafer) Kartoffeln, Hülsenfrüchte usw. zu den gesetzlichen Höchstpreisen! Auf die Gefahren, die in diesem, unserer ganzen Kriegsernährungspolitik anhaftenden Widerspruch liegen, haben meine Freunde und ich in Wort und Schrift, im Reichstage, im parlamentarischen Beirat und in der Presse immer und immer wieder hingewiesen. Darin nicht müde zu werden, gebietet uns das eigene Gewissen und die Pflicht gegen das Vaterland.

Aus diesem Gedankengange heraus haben die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei im Haushaltsausschuß des Reichstages im letzten Beratungsschnitt einige Anträge von grundsätzlicher Bedeutung gestellt, auf die in diesem Zusammenhang verwiesen werden mag. Ausgehend von dem Grundsatz, daß die menschliche Ernährung allen anderen Verwendungszwecken der Erntevorräte voranzustellen ist, wurden folgende Forderungen erhoben:

1. Aus dem Ergebnis der Ernte ist der für eine ausreichende menschliche Ernährung erforderliche Bedarf an pflanzlichen Nahrungsmitteln — Kartoffeln, Getreide, Hülsenfrüchte, Gemüse — im vorweg unbedingt sicherzustellen.

2. Die Vieh-, insbesondere die Schweinebestände, sind den nach Abzug dieser Mengen im Lande noch vorhandenen Futtermitteln in der Weise anzupassen, daß eine ausreichende Fütterung des Viehes und damit ein möglichst hoher Nubertag an Fleisch, Fett und Milch für die menschliche Ernährung gewährleistet wird.

3. Die Schweinepreise sind so zu bemessen, daß die Verfüttung der oben genannten pflanzlichen Nahrungsmittel finanziell nicht günstiger wirkt, als der Verkauf derselben zu den gesetzlichen Höchstpreisen.

4. Der Preis für Rinder und Schafe ist erheblich herabzusetzen. (Vorgeschlagen wurde ein eventuell stufenweiser Abbau dieser Preise auf etwa 80 Mark für 100 Pund Lebendgewicht besser Qualität, statt bisher 115 Mark.)

Diese Anträge stellen meines Erachtens die Konsequenz des von Herrn v. Batock in seinem Artikel vertretenen Standpunktes dar. Erst wenn den unter Punkt 3 und 4 aufgestellten Forderungen entsprochen wird ist das privatwirts-

chaftliche Interesse an der Verfüttung von Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchten usw. ausgeschaltet. Wer die Verfüttung dieser Erzeugnisse nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch verhüten will, wer auf dem Standpunkt steht, daß die Mehrerzeugung von Fleisch und anderen tierischen Erzeugnissen keinen Ausgleich für den Schaden bietet, wird sich meines Erachtens dieser Konsequenz nicht entziehen können. Diese Folgerung aber hat das Kriegsernährungsamt bis jetzt nicht gezogen! Auf diesen Mangel hinzuweisen, ist der Hauptzweck der vorstehenden Darlegungen. — Herr v. Batock hat lediglich eine erhebliche Herabsetzung der Rindviehpreise für das Frühjahr in Aussicht gestellt. Für Mastkalber ist zwar eine Herabsetzung der Preise verfügt worden, so anerkennenswert diese Maßnahme aber auch ist — sie läuft lediglich auf eine Ersparnis an Milch hinaus, während die Frage der Verfüttung von Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchten usw. davon nicht berührt wird. An den entscheidenden Punkt: Schaffung eines volkswirtschaftlich richtigen Preisverhältnisses zwischen den pflanzlichen und tierischen Produkten, ist man bis jetzt nicht herangegangen. Und doch ist Eile geboten: denn die einmal erschütterte oder gar vernichtete Grundlage unserer pflanzlichen Ernährung wäre im laufenden Erntejahre wenigstens, nicht wieder auszugleichen.

Gewiß verkenne ich die Lage, in der das Kriegsernährungsamt sich gerade in diesem Punkte befindet, nicht. — Die bestehenden Mißverhältnissen in den Preisen für Vieh, auf der einen und der erwähnten pflanzlichen Erzeugnisse auf der anderen Seite waren vorhanden, als das Kriegsernährungsamt seine Arbeiten aufnahm. Es war die Folge einer verkehrten Politik zu Anfang des Krieges, die glaubte mit einer Höchstpreisfestsetzung für Getreide, Kartoffeln usw. auskommen zu können, während sie die Viehpreise zunächst ins Schwindelhafte steigen ließ, ohne zu bedenken, daß damit die pflanzliche Grundlage, und somit die Volksernährung überhaupt auf das ernstlichste gefährdet wurde. Ein einmal gemachter Fehler aber gibt es kein Recht, nicht einmal eine Entschuldigung, ihn nur einfach weiter wirken zu lassen. Im Gegenteil! Die vornehmste Aufgabe des Kriegsernährungsamtes scheint mir zu sein, gemachte Fehler zu korrigieren und in ihrer Wirkung unschädlich zu machen.

Solange das Mißverhältnis zwischen den Preisen der pflanzlichen und tierischen Produkte weiter besteht, werden wir aus der Unruhe, Unsicherheit und Gefahr nicht herauskommen. Solange dieses aufrecht erhalten bleibt und nicht durch ein volkswirtschaftlich richtiges Verhältnis ersetzt ist, können wir meines Erachtens nicht mit gutem Gewissen sagen, daß alles geschehen ist, die Ernährung des Volkes — innerhalb der durch die Ernte gegebenen Grenzen — sicherzustellen und die Entbehrungen des Volkes nach Möglichkeit zu mindern. Dies gilt für den Krieg, wie für den Frieden. — Ist durch eine entsprechende Preisfestsetzung der Anreiz zur Verfüttung der für die menschliche Ernährung unbedingt erforderlichen Nahrungsmittel beseitigt, denn können wir ruhig und mit gutem Gewissen der weiteren Entwicklung entgegensetzen. Dann werden wir im Kriege unbedingt durchhalten; denn so viel wächst auf dem deutschen Boden immer, um die Menschen zunächst mit pflanzlichen Produkten zu sättigen. Dann werden wir auch im Frieden zunächst das Notwendige haben und mit Ruhe, nach Maßgabe der ins Land hineingeschafften Futtermittel, an den Wiederaufbau unserer Viehbestände herangehen können, der uns hoffentlich in Verbindung mit anderen Einfuhrprodukten für den unmittelbaren menschlichen Gebrauch in absehbarer Zeit wieder normale Ernährungsverhältnisse sichern wird.